

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 23. September 2015 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Durch das Abkommen wird der soziale Schutz im Bereich der jeweiligen Rentenversicherungssysteme insbesondere für den Fall koordiniert, dass sich Versicherte im jeweils anderen Vertragsstaat aufhalten.

Das Abkommen bestimmt, dass für Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber grundsätzlich die Rechtsvorschriften desjenigen Staates gelten, in dem die Beschäftigung tatsächlich ausgeübt wird. Um außerdem sicherzustellen, dass lediglich vorübergehend im anderen Staat eingesetzte Arbeitnehmer im sozialen Sicherheitssystem ihres bisherigen Beschäftigungsstaats integriert bleiben können, enthält das Abkommen auf diesen Personenkreis zugeschnittene Lösungen. Diese Personen werden künftig grundsätzlich in dem ihnen vertrauten System bleiben können. Dadurch wird auch eine doppelte Beitragsbelastung für Arbeitgeber und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vermieden.

Der Entsendezeitraum kann bis zu 24 Kalendermonate betragen. Durch die Zusammenrechnung der zurückgelegten Versicherungszeiten mit denen ihres Heimatlandes können künftig Deutsche aus albanischen Versicherungszeiten und albanische Versicherte aus deutschen Versicherungszeiten Rentenansprüche erwerben. Die Renten werden in voller Höhe auch in das jeweils andere Land gezahlt, wobei sie aber nur aus den im jeweiligen Vertragsstaat zurückgelegten Zeiten berechnet werden.

Der Abschluss des Sozialversicherungsabkommens mit Albanien liegt auch deshalb im deutschen Interesse, weil es die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern vertieft und damit dazu beitragen kann, Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Abkommen ist nach Prinzipien gestaltet, die auch innerhalb der Europäischen Union gelten. Es bedarf nach der Unterzeichnung noch der Zustimmung der parlamentarischen Gremien in beiden Staaten.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz werden die innerstaatlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation geschaffen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine unmittelbaren Kosten.

E. Erfüllungsaufwand**E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger werden nicht eingeführt.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Mit dem Gesetzentwurf entstehen für die deutsche Wirtschaft keine Informationspflichten.

E.2 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung wird eine Informationspflicht eingeführt.

F. Weitere Kosten

Es wird mit jährlichen Mehrausgaben bei der gesetzlichen Rentenversicherung von unter 1 Million Euro gerechnet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 3. März 2016

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 23. September 2015
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien über
Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Der Bundesrat hat in seiner 942. Sitzung am 26. Februar 2016 beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwen-
dungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz
zu dem Abkommen vom 23. September 2015
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Albanien
über Soziale Sicherheit****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tirana am 23. September 2015 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen. Im Übrigen wird die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den mit der Durchführung des Abkommens befassten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer im Abkommen genannter Stellen und Behörden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen, das innerstaatlich in Geltung gesetzt wird, Verfahrensregelungen enthält und insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lässt.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift wird die Bundesregierung ermächtigt, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um den Erlass innerstaatlicher Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Absatz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Es wird mit jährlichen Mehrausgaben bei der gesetzlichen Rentenversicherung von unter 1 Million Euro gerechnet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Albanien
über Soziale Sicherheit

Marrëveshje
ndërmjet Republikës Federale të Gjermanisë
dhe Republikës së Shqipërisë
për Mbrojtjen Shoqërore

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Albanien –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen
Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe:

1. „Vertragsstaat“
die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Albanien;
2. „Hoheitsgebiet“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Republik Albanien
das Hoheitsgebiet der Republik Albanien;
3. „Staatsangehöriger“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bun-
desrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Republik Albanien
einen Albaner im Sinne der albanischen Gesetze über die
Staatsangehörigkeit;

Republika Federale e Gjermanisë
dhe
Republika e Shqipërisë –

me dëshirën për të rregulluar marrëdhëniet e tyre në fushën e
Mbrojtjes Shoqërore –

ranë dakord si më poshtë vijon:

Pjesa I
Dispozita të përgjithshme

Neni 1

Përkufizimi i termave

(1) Në këtë marrëveshje, termat e poshtëshënuara përkufizoh-
hen si vijon:

1. “Shteti kontraktues”
Republika Federale e Gjermanisë ose Republika e Shqipërisë;
2. “territori sovran”
në lidhje me Republikën Federale të Gjermanisë:
territori sovran i Republikës Federale të Gjermanisë,
në lidhje me Republikën e Shqipërisë:
territori sovran i Republikës së Shqipërisë;
3. “shtetas”
në lidhje me Republikën Federale të Gjermanisë:
një gjerman në kuptimin e Ligjit Themelor për Republikën Fe-
derale të Gjermanisë,
në lidhje me Republikën e Shqipërisë:
një shqiptar në kuptim të legjislacionit shqiptar për shtetësinë;

4. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
5. „zuständige Behörde“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
in Bezug auf die Republik Albanien
der Minister für Sozialen Wohlstand und Jugend;
6. „Träger“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
eine Einrichtung, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften obliegt,
in Bezug auf die Republik Albanien
der zuständige Träger, dem die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften obliegt;
7. „Versicherungszeiten“
Beitragszeiten und Beschäftigungszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;
8. „Rente“ oder „Geldleistung“
eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen im Sinne der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften;
9. „gewöhnlicher Aufenthalt“
der Ort des nicht nur vorübergehenden tatsächlichen Aufenthalts.
(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.
4. “dispozitat ligjore”
ligjet, dekretet, statutet dhe aktet e tjera të përgjithshme normative, të cilat u referohen atyre degëve të Mbrojtjes Shoqërore, që mbuloohen nga fusha lëndore e zbatimit të kësaj marrëveshjeje;
5. “autoriteti kompetent”
në lidhje me Republikën Federale të Gjermanisë:
Ministria Federale për Punën dhe Çështjet Sociale,
në lidhje me Republikën e Shqipërisë:
Ministri i Mirëqenies Sociale dhe Rinisë;
6. “institucion”
në lidhje me Republikën Federale të Gjermanisë:
një institucion, detyra e të cilit është zbatimi i dispozitave ligjore të mbuluara nga fusha lëndore e zbatimit të kësaj marrëveshjeje;
në lidhje me Republikën e Shqipërisë:
institucioni kompetent, detyra e të cilit është zbatimi i dispozitave ligjore të mbuluara nga fusha lëndore e zbatimit të kësaj marrëveshjeje;
7. “periudhat e sigurimit”
periudhat e pagesës së kontributit dhe periudhat e punësimit, të përcaktuara si të tilla sipas dispozitave ligjore përkatëse, si dhe periudha të tjera, të cilat njihen si të tilla në bazë të këtyre dispozitave ligjore;
8. “pension” ose “përfitime në para”
një pension ose përfitim tjetër në para, duke përfshirë të gjitha shtesat, kompensimet dhe rritjet në kuptimin e dispozitave ligjore të mbuluara nga fusha lëndore e zbatimit të kësaj marrëveshjeje;
9. “vendbanim i zakonshëm”
vendi i qëndrimit faktik, jo i përkohshëm.
(2) Termit e tjerë kanë atë kuptim, i cili u përket atyre sipas dispozitave të zbatueshme ligjore të shtetit përkatës kontraktues.

Artikel 2**Sachlicher Geltungsbereich**

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
1. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland auf die Rechtsvorschriften über
 - a) die Rentenversicherung,
 - b) die Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - c) die Alterssicherung der Landwirte;
 2. in Bezug auf die Republik Albanien auf die Rechtsvorschriften über das System der sozialen Pflichtversicherung zur
 - a) Altersrente,
 - b) Invaliditätsrente,
 - c) Hinterbliebenenrente.
- (2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

Neni 2**Fusha lëndore e zbatimit**

- (1) Kjo marrëveshje u referohet
1. në lidhje me Republikën Federale të Gjermanisë: dispozitave ligjore për
 - a) sigurimin e pensionit,
 - b) sigurimin shtesë të korporatës së minatorëve,
 - c) pensionin e pleqërisë për bujqit;
 2. në lidhje me Republikën e Shqipërisë: dispozitave ligjore të skemës së detyrueshme të sigurimeve shoqërore për
 - a) pensionin e pleqërisë,
 - b) pensionin e invaliditetit,
 - c) pensionin familjar.
- (2) Nëse sipas dispozitave ligjore të një shteti kontraktues janë të plotësuara jo vetëm kushtet për zbatimin e kësaj marrëveshjeje, por edhe kushtet për zbatimin e një marrëveshjeje tjetër ose të një rregullimi mbishtetëror, atëherë institucioni i këtij shteti kontraktues nuk e merr parasysh marrëveshjen tjetër ose rregullimin mbishtetëror, kur e zbaton këtë marrëveshje.

Artikel 3**Persönlicher Geltungsbereich**

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für alle Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten, sowie für andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von diesen Personen ableiten.

Artikel 4**Gleichbehandlung**

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Personen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats den Staatsangehörigen dieses Vertragsstaats gleich.

Artikel 5**Gleichstellung des gewöhnlichen Aufenthalts und Export von Leistungen**

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Ansprüche auf Leistungen oder die Zahlung von Leistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, nicht für die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Personen bei gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats.

Teil II

Anzuwendende Rechtsvorschriften

Artikel 6**Allgemeine Regelungen**

- (1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten
- für einen Arbeitnehmer ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet er die Beschäftigung tatsächlich ausübt,
 - für einen Arbeitnehmer, der zur Flug- oder Kabinenbesetzung eines Luftfahrzeugs gehört, die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem die Luftfahrtgesellschaft, bei der er die Beschäftigung ausübt, ihren Sitz hat,
 - für einen Arbeitnehmer, der gewöhnlich an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines Vertragsstaats führt, die Beschäftigung ausübt, die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für eine selbstständig erwerbstätige Person.

Artikel 7**Entsandte Personen**

(1) Wird ein Arbeitnehmer, der gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber, der im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit ausübt, in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine im Voraus zeitlich begrenzte Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, gelten während der ersten 24 Monate der Entsendung allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt. Der Zeitraum von 24 Monaten kann in Teilzeiträumen zurückgelegt werden.

(2) Absatz 1 gilt für einen erneut in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandten Arbeitnehmer, für den während vorheriger Entsendungen bereits 24 Monate die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gegolten haben, nur, wenn die er-

Neni 3**Fushë zbatimi personale**

Nëse marrëveshja nuk e parashikon ndryshe, ajo zbatohet për të gjithë personat, për të cilët janë ose kanë qënë të vlefshme dispozitat ligjore të një ose të dy shteteve kontraktuese, si dhe për persona të tjerë, për sa u përket të drejtave, të cilat rrjedhin nga ata persona.

Neni 4**Trajtimi i barabartë**

Nëse marrëveshja nuk e parashikon ndryshe, personat e mbuluar nga fusha personale e zbatimit të kësaj marrëveshjeje kanë pozitë të barabartë me shtetasit e shtetit tjetër kontraktues gjatë zbatimit të dispozitave ligjore të këtij shteti kontraktues.

Neni 5**Pozita e barabartë e vendbanimit të zakonshëm dhe eksportimi i përfitimeve**

Nëse marrëveshja nuk e parashikon ndryshe, dispozitat ligjore kufizuese të një shteti kontraktues, sipas të cilave pretendimet për përfitime ose kryerja e pagesave varen nga vendbanimi i zakonshëm brenda territorit sovran të këtij shteti kontraktues, nuk zbatohen për personat e mbuluar nga fusha personale e zbatimit të kësaj marrëveshjeje, të cilët vendbanimin e zakonshëm e kanë brenda territorit sovran të shtetit tjetër kontraktues.

Pjesa II

Dispozitat e zbatueshme ligjore

Neni 6**Rregullime të përgjithshme**

- (1) Nëse marrëveshja nuk e parashikon ndryshe,
- për një punëmarrës zbatohen vetëm dispozitat ligjore të shtetit kontraktues, brenda territorit sovran të të cilit ai punon faktikisht,
 - për një punëmarrës, i cili është pjesëtar i ekipazhit fluturues ose shërbyes i një avioni, zbatohen dispozitat ligjore të shtetit kontraktues në të cilin ka selinë shoqëria ajrore,
 - për një punëmarrës, i cili punon zakonisht në bord të një anijeje detare, që lundron nën flamurin e një shteti kontraktues, zbatohen dispozitat ligjore të këtij shteti kontraktues.
- (2) Paragrafi 1 zbatohet përkatësisht edhe për një person të vetëpunësuar.

Neni 7**Persona të dërguar**

(1) Kur një punëmarrës, i cili zakonisht është i punësuar brenda territorit sovran të një shteti kontraktues, dërgohet në kuadër të këtij raporti punësimi nga punëdhënësi i tij, i cili zakonisht kryen një aktivitet të konsiderueshëm fitimprurës në shtetin dërgues, në territorin sovran të shtetit tjetër kontraktues, për të kryer atje një punë për atë punëdhënësin, kohëzgjatja e së cilës që më parë është e kufizuar, atëherë gjatë 24 muajve të parë të dërgimit vazhdojnë të zbatohen vetëm dispozitat ligjore të shtetit të parë kontraktues, sikur punëmarrësi të ishte i punësuar ende brenda territorit sovran të këtij shteti. Periudha prej 24 muajve mund të kryhet në disa periudha të pjeshme.

(2) Për një punëmarrës të dërguar sërish në territorin sovran të shtetit tjetër kontraktues, për të cilin gjatë dërgimeve të mëparshme janë mbushur 24 muaj sipas legjislacionit të shtetit tjetër kontraktues, paragrafi (1) zbatohet vetëm atëherë, kur dërgimi i ri

neute Entsendung im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit einem anderen Arbeitgeber erfolgt oder zwischen dem Ende des letzten Entsendezeitraums und der erneuten Entsendung mehr als 12 Monate liegen.

(3) Absatz 1 gilt auch für einen in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandten Arbeitnehmer, der einen anderen Arbeitnehmer ablöst, der zuvor tatsächlich für weniger als 24 Monate entsandt war, für den verbleibenden Teil des 24-Monats-Zeitraums.

(4) Gelten die Rechtsvorschriften des Entsendestaats, ist hierüber auf Antrag eine Bescheinigung auszustellen. In der Bundesrepublik Deutschland stellt diese Bescheinigung die Krankenkasse aus, an die die Beiträge zur Rentenversicherung abzuführen sind. Falls keine Beiträge zur Rentenversicherung an eine Krankenkasse abzuführen sind, stellt die Deutsche Rentenversicherung Bund diese Bescheinigung aus. In der Republik Albanien stellt diese Bescheinigung das Institut der Sozialversicherung oder der Fonds der Pflichtversicherung für die Gesundheitsfürsorge aus.

Artikel 8

Beschäftigte bei diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen.

(2) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats oder von einem Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für ihn grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats. Innerhalb der ersten sechs Monate nach Aufnahme der Beschäftigung oder nach Inkrafttreten dieses Abkommens kann er jedoch die Anwendung der Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats wählen, die dann in Bezug auf diese Beschäftigung ab Aufnahme der Beschäftigung oder ab Inkrafttreten dieses Abkommens so gelten, als wäre er dort beschäftigt.

(3) Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären, der sie in der Bundesrepublik Deutschland der zuständigen Krankenkasse und in der Republik Albanien dem Institut der Sozialversicherung und dem Fonds der Pflichtversicherung für die Gesundheitsfürsorge umgehend mitzuteilen hat.

Artikel 9

Ausnahmevereinbarungen

(1) Auf gemeinsamen Antrag eines Arbeitnehmers und seines Arbeitgebers oder auf Antrag eines selbstständig Tätigen können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bevollmächtigten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die anzuwendenden Rechtsvorschriften vereinbaren. Voraussetzung hierfür ist, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Bei der Entscheidung sind die Art und die Umstände der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen.

(2) Der Antrag ist in dem Vertragsstaat zu stellen, dessen Rechtsvorschriften gelten sollen.

(3) Gelten auf Grund einer Ausnahmevereinbarung nicht die Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats, ist hierüber eine Bescheinigung auszustellen. Gelten die deutschen Rechtsvorschriften, stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA) diese Bescheinigung aus. Gelten die albanischen Rechtsvorschriften, stellt das Institut der Sozialversicherung und der Fonds der Pflichtversicherung für die Gesundheitsfürsorge diese Bescheinigung aus.

kryhet në kuadër të një raporti punësimi me një punëdhënës tjetër ose kur periudha midis mbarimit të dërgimit të fundit dhe fillimit të dërgimit të ri është më e gjatë se 12 muaj.

(3) Për një punëmarrës të dërguar në territorin sovran të shtetit tjetër kontraktues, paragrafi (1) do të vlejë për periudhën e mbetur nga 24 muajt, kur ky punëmarrës zëvendëson një punëmarrës të mëparshëm, i cili faktikisht ishte dërguar në këtë vend pune për më pak se 24 muaj.

(4) Nëse zbatohen dispozitat ligjore të shtetit dërgues, atëherë duhet që me kërkesë të lëshohet një vërtetim përkatës. Në Republikën Federale të Gjermanisë, ky vërtetim lëshohet nga arka e sigurimit shëndetësor, e cila arkëton kontributet për sigurimin e pensioneve. Në rast se kontributet e sigurimeve shoqërore nuk arkëtohen në arkën e sigurimit shëndetësor ky vërtetim do të lëshohet nga “Deutsche Rentenversicherung Bund”. Në Republikën e Shqipërisë, ky vërtetim lëshohet nga Instituti i Sigurimeve Shoqërore dhe Fondi i Sigurimit të Detyrueshëm të Kujdesit Shëndetësor.

Neni 8

Punonjësit e përfaqësive diplomatike dhe konsullore

(1) Kjo marrëveshje nuk e prek zbatimin e Konventës së Vjenës të datës 18 prill 1961 për Marrëdhëniet Diplomatike dhe të Konventës së Vjenës të datës 24 prill 1963 për Marrëdhëniet Konsullore.

(2) Kur një shtetas i një shteti kontraktues punësohet nga një përfaqësi diplomatike ose konsullore e këtij shteti kontraktues ose nga një pjesëtar i një përfaqësie diplomatike ose konsullore të këtij shteti kontraktues brenda territorit sovran të shtetit tjetër kontraktues, atëherë për të janë të vlefshme si rregull dispozitat ligjore të shtetit, në të cilin ai është i punësuar. Megjithatë, brenda 6 muajve pas fillimit të punës ose pas hyrjes në fuqi të kësaj marrëveshjeje ai mund të vendosë për zbatimin e dispozitave ligjore të shtetit të parë kontraktues, të cilat në lidhje me punësimin në fjalë do të vlejnjë prej momentit të fillimit të punës ose të hyrjes në fuqi të kësaj marrëveshjeje njëjloj sikur ai të ishte i punësuar atje.

(3) Vendimi përkatës duhet t'i deklarohet punëdhënësit, i cili duhet t'ia njoftojë menjëherë arkës kompetente të sigurimit shëndetësor në Republikën Federale të Gjermanisë dhe në Republikën e Shqipërisë respektivisht Fondit të Sigurimit të Detyrueshëm të Kujdesit Shëndetësor dhe Institutit të Sigurimeve Shoqërore.

Neni 9

Përjashtimet

(1) Me kërkesë të përbashkët të një punëmarrësi dhe punëdhënësit të tij ose me kërkesë të një personi të vetëpunësuar, autoritetet kompetente të shteteve kontraktuese ose institucionet e autorizuar prej tyre, në mirëkuptim me njëri-tjetrin, mund të bien dakord për përjashtime nga rregullimet e kësaj marrëveshjeje mbi dispozitat e zbatueshme ligjore. Kushti paraprak për këtë është që personi në fjalë vazhdon t'u nënshtrohet ose do t'u nënshtrohet dispozitave ligjore të njërit shtet kontraktues. Për të marrë vendimin përkatës, duhet të vlerësohen lloji dhe rrethanat e punësimit.

(2) Kërkesa duhet të paraqitet në atë shtet kontraktues, dispozitat ligjore të të cilin synohen të zbatohen.

(3) Nëse për shkak të një përjashtimi, për të cilin është rënë dakord, nuk zbatohen dispozitat ligjore të shtetit, në të cilin kryhet punësimi, atëherë duhet të lëshohet një vërtetim përkatës. Kur zbatohen dispozitat ligjore gjermane, ky vërtetim lëshohet nga “Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA)”. Kur zbatohen dispozitat ligjore shqiptare, ky vërtetim lëshohet nga Instituti i Sigurimeve Shoqërore dhe Fondi i Sigurimit të Detyrueshëm të Kujdesit Shëndetësor.

Teil III

Besondere Bestimmungen

Artikel 10

**Zusammenrechnung von
Versicherungszeiten und Rentenberechnung**

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Die Dauer der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(2) Setzt der Leistungsanspruch bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

(4) Die für die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur mit ihrer tatsächlichen Dauer berücksichtigt.

Artikel 11

**Besonderheiten für die
Bundesrepublik Deutschland**

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben. In der Alterssicherung der Landwirte ist die Steigerungszahl die Grundlage für die Berechnung der Rente.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten gilt auch für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie für ergänzende Leistungen.

(3) Nach den albanischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten, die in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind, werden in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den albanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

(4) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den albanischen Rechtsvorschriften oder vergleichbare Tatbestände in der Republik Albanien berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten wegen Arbeitsunfällen) nach den albanischen Rechtsvorschriften gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Republik Albanien.

(5) Soweit in der Alterssicherung der Landwirte die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängt, dass Versicherungszeiten im Sondersystem für Landwirte zurückgelegt worden sind, werden für die Gewährung dieser Leistungen die nach albanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur dann berücksichtigt, wenn sie während einer Tätigkeit als selbstständiger Landwirt zurückgelegt worden sind.

Pjesa III

Rregullime të veçanta

Neni 10

**Mbledhja e periudhave
të sigurimit dhe llogaritja e pensionit**

(1) Për njohjen e së drejtës për përfitime sipas dispozitave të zbatueshme ligjore konsiderohen edhe ato periudha sigurimi, të cilat mund të përlogariten sipas dispozitave ligjore të shtetit tjetër kontraktues dhe nuk i përkasin të njëjtës periudhë sigurimi. Kohëzgjatja e periudhave të sigurimit, të cilat duhet të vlerësohen, orientohet nga dispozitat ligjore të shtetit kontraktues, sipas të cilave janë përmbyshur.

(2) Nëse e drejta për përfitime kushtëzohet nga periudha të caktuara sigurimi, atëherë do të konsiderohen vetëm periudhat e krahasueshme sipas dispozitave ligjore të shtetit tjetër kontraktues.

(3) Llogaritja e pensionit bazohet në dispozitat e zbatueshme ligjore të shtetit përkatës kontraktues, nëse kjo marrëveshje nuk e parashikon ndryshe.

(4) Periudhat e sigurimit, të cilat do të merren në konsideratë për bashkimin e periudhave të sigurimit, llogariten vetëm me kohëzgjatjen e tyre faktike.

Neni 11

**Rregullime të veçanta për
Republikën Federale të Gjermanisë**

(1) Bazë për llogaritjen e krediteve personale të pagesës janë ato kredite të pagesës, të cilat burojnë nga dispozitat ligjore gjermane. Kur bëhet fjalë për pensionin e pleqërisë, për bujqit, shifra e rritjes përbën bazën për llogaritjen e pensionit.

(2) Përcaktimi për mbledhjen e periudhave të sigurimit vlen përkatësisht edhe për përfitimet për rehabilitim mjekësor, për pjesëmarrjen aktive në punë si dhe për përfitimet plotësuese.

(3) Periudhat e sigurimit të përmbyshura sipas dispozitave ligjore shqiptare, të cilat janë përmbyshur në ndërmarrjet e xehtarisë, duke punuar në minierë, vlerësohen në sigurimin e pensioneve të korporatës së minatorëve. Nëse sipas dispozitave ligjore gjermane puna e vazhdueshme në minierë nën tokë ose një punë me status të barabartë me të përbën kusht për pretendim, atëherë institucioni kompetent gjerman i vlerëson ato periudha të sigurimit të përmbyshura sipas dispozitave ligjore shqiptare, brenda të cilave është kryer punë e barabartë.

(4) Nëse e drejta për përfitime sipas dispozitave ligjore gjermane kushtëzohet nga përmbyshja e periudhave të caktuara të sigurimit brenda një periudhe të caktuar, dhe nëse dispozitat ligjore e parashikojnë zgjatjen e kësaj periudhe me rrethana ose me periudha të caktuara të sigurimit, atëherë për zgjatjen do të vlerësohen edhe periudhat e sigurimit sipas dispozitave ligjore shqiptare ose rrethana të krahasueshme në Republikën e Shqipërisë. Rrethana të krahasueshme janë periudhat, brenda të cilave janë paguar pensione invaliditeti ose pleqërie, ose janë akorduar pagesa për shkak të sëmundjes, shtatzënisë, barrë lindjes, papunësisë ose të një aksidenti në punë (me përjashtim të pensioneve për shkak të aksidenteve në punë) sipas dispozitave ligjore shqiptare, si dhe periudhat e edukimit të fëmijëve në Republikën e Shqipërisë.

(5) Nëse për pensionin e pleqërisë për bujqit, akordimi i pagesave të caktuara kushtëzohet nga përmbyshja e periudhave të sigurimit në sistemin e posaçëm për bujqit, atëherë për akordimin e këtyre pagesave, periudhat e sigurimit të përmbyshura sipas dispozitave ligjore shqiptare vlerësohen vetëm nëse janë përmbyshur duke punuar si bujk i vetëpunësuar.

Artikel 12**Besonderheiten für die Republik Albanien**

(1) Grundlage für die Berechnung der Rente sind die nach den albanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten.

(2) Setzt der Leistungsanspruch bestimmte Versicherungszeiten in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Arbeit voraus, werden die in diesem Beruf oder in dieser Arbeit nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten so berücksichtigt, als wären sie in Albanien zurückgelegt worden.

(3) Setzt der Anspruch auf Leistungen voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, werden die innerhalb des bestimmten Zeitraums nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten so berücksichtigt, als wären sie in Albanien zurückgelegt worden.

Teil IV

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1**Amts- und Rechtshilfe****Artikel 13****Amts- und Rechtshilfe, ärztliche Untersuchungen**

(1) Die Träger der Vertragsstaaten leisten einander bei der Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe so, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos.

(2) Die gegenseitige Hilfe umfasst auch ärztliche Untersuchungen im Rahmen der Rentenversicherung. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige an Dritte geleistete Zahlungen mit Ausnahme der Kosten für Kommunikation sind von dem ersuchenden Träger zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der Träger beider Vertragsstaaten liegt.

(3) Die in Artikel 19 Absatz 2 und 6 dieses Abkommens bezeichneten Stellen übermitteln im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen und die Beweismittel, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften sowie aus diesem Abkommen ergeben.

Artikel 14**Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden sowie Beitreibung von Beitragsrückständen**

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs dieses Abkommens werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten.

(4) Forderungen von Trägern eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie in

Neni 12**Rregullime të veçanta për Republikën e Shqipërisë**

(1) Bazë për përllogaritjen e pensionit janë periudhat e sigurimit të plotësuar sipas legjislacionit shqiptar.

(2) Nëse e drejta për përfitim kushtëzohet nga përbushja e periudhave të sigurimit në një profesion apo punë të caktuar, atëherë periudhat e sigurimit të plotësuar sipas legjislacionit gjerman në këtë profesion apo punë të caktuar, do të merren në konsideratë sikur të jenë plotësuar në Shqipëri.

(3) Nëse e drejta për përfitime kushtëzohet me përbushjen e periudhave të sigurimit brenda një periudhe të caktuar, atëherë periudhat e sigurimit të realizuara brenda periudhës së caktuar sipas legjislacionit gjerman, do të konsiderohen sikur janë realizuar në Shqipëri.

Pjesa IV

Rregullime të ndryshme

Kapitulli 1**Ndihmë administrative dhe juridike****Neni 13****Ndihmë administrative dhe juridike, kontrolle mjekësore**

(1) Lidhur me zbatimin e dispozitave ligjore të mbuluara nga fusha lëndore e zbatimit të kësaj marrëveshjeje dhe me zbatimin e vetë marrëveshjes, institucionet e shteteve kontraktuese i japin njëri-tjetrit ndihmë të ndërsjelltë në atë mënyrë, sikur t'i zbatonin dispozitat ligjore, që vlejnë për ata vetë. Kjo ndihmë jepet falas.

(2) Ndihma e ndërsjelltë përfshin edhe kontrollet mjekësore në kuadër të sigurimit të pensioneve. Shpenzimet për kontrollin, për udhëtimin, për humbjen e të ardhurave, për strehimin për qëllim kontrollimi si dhe pagesa të tjera që u bëhen të tretëve, me përjashtim të shpenzimeve për komunikim, rimburohen nga institucionet kërkuese. Kur kontrolli mjekësor është në interesin e institucioneve të dy shteteve kontraktuese, shpenzimet nuk do të rimburohen.

(3) Institucionet e përmendura në nenin 19, paragrafët 2 dhe 6 të kësaj marrëveshjeje, në kuadër të kompetencave të tyre i transmetojnë njëri-tjetrit dhe personave të prekur ato fakte dhe prova, të cilat janë të nevojshme për t'u garantuar të drejtat dhe detyrimet, që rrjedhin nga dispozitat ligjore të përmendura në nenin 2 dhe nga kjo marrëveshje.

Neni 14**Njohja e vendimeve dhe dokumenteve të ekzekutueshme si dhe vjelja e kontributeve të papaguara**

(1) Vendimet e përbarueshme të gjykatave si dhe dokumentet e ekzekutueshme të institucioneve ose të autoriteteve të një shteti kontraktues për kontributet dhe kërkesa të tjera në kuadër të fushës lëndore të zbatimit të kësaj marrëveshjeje njihen në shtetin tjetër kontraktues.

(2) Njohja mund të refuzohet vetëm në ato raste kur ajo do të ishte në kundërshtim me rendin publik të shtetit kontraktues, në të cilin kërkohet njohja e vendimit ose dokumentit.

(3) Vendimet dhe dokumentet e ekzekutueshme sipas paragrafit 1 do të ekzekutohen në shtetin tjetër kontraktues. Procedura e përbarimit orientohet nga dispozitat ligjore, të cilat vlejnë në shtetin kontraktues, në territorin sovran të të cilit do të kryhet përbarimi, lidhur me ekzekutimin e vendimeve dhe dokumenteve përkatëse të lëshuara në këtë shtet.

(4) Kërkesat e paraqitura nga institucionet e një shteti kontraktues, të cilat u referohen kontributeve të papaguara, lidhur me

Insolvenz- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen eines Trägers dieses Vertragsstaats.

(5) Die Beitreibung von Beitragsrückständen, die sich auf einen vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Versicherungszweig beziehen, erfolgt

- a) in der Bundesrepublik Deutschland über
- die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, Speyer,
 - die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,
 - die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum,
 - die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel;
- b) in der Republik Albanien über
- die Generaldirektion für Steuerwesen („Drejtoria e Përgjithshme e Tatimeve“), Tirana,
 - das Institut der Sozialversicherung, („Instituti i Sigurimeve Shoqërore“) Tirana.

Artikel 15 Gebühren

Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgeordnete Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Dokumente, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

Artikel 16

Bekanntgabe von Schriftstücken und Amtssprachen

(1) Die Träger der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt.

(2) Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch einfachen Brief bekannt gegeben oder durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Dies gilt auch für Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

(3) Die Träger der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Artikel 17

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einem Träger im anderen Vertragsstaat eingegangen, so gilt der Antrag als bei dem Träger des ersten Vertragsstaats gestellt. Dies gilt auch für sonstige Anträge sowie für Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe.

ekzekutimin e detyrueshëm si dhe në procedurën e falimentimit dhe në procedurën e pajtimit në territorin sovran të shtetit tjetër kontraktues kanë përparësi të njëjtë siç e kanë edhe kërkesat përkatëse të një institucioni të këtij shteti kontraktues.

(5) Vjelja e kontributeve të papaguara, të cilat kanë të bëjnë me një degë sigurimi të mbuluar nga fusha lëndore e zbatimit të kësaj marrëveshjeje, bëhet nëpërmjet

- a) në Republikën Federale të Gjermanisë nëpërmjet:
- Sigurimi Gjerman i Pensioneve i landit Rheinland-Pfalz (Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz), Speyer,
 - Sigurimi Gjerman i Pensioneve – Federata (Deutsche Rentenversicherung Bund), Berlin,
 - Sigurimi Gjerman i Pensioneve – Korporata e Punonjësve të Hekurudhës dhe e Detarëve (Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See), Bochum,
 - Sigurimi Social për Bujqësinë, Pylltarinë dhe Kopshtarinë (Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau), Kassel;
- b) në Republikën e Shqipërisë nëpërmjet:
- Drejtoria e Përgjithshme e Tatimeve, Tiranë,
 - Instituti i Sigurimeve Shoqërore, Tiranë.

Neni 15 Tarifat

Përjashtimi nga taksat ose tarifat administrative duke përfshirë tarifat konsullore, ose zbritja e këtyre taksave ose tarifave, e cila parashikohet në bazë të dispozitave ligjore të një shteti kontraktues, si dhe rimbursimi i shpenzimeve për dokumentet, të cilat duhet të paraqiten në zbatim të këtyre dispozitave ligjore, përfshin edhe dokumentet përkatëse, të cilat duhet të paraqiten në zbatim të kësaj marrëveshjeje ose në zbatim të dispozitave ligjore të shtetit tjetër kontraktues, të cilat mbulohen nga fusha lëndore e zbatimit të kësaj marrëveshjeje.

Neni 16

Publikimi i dokumenteve të shkruara, gjuhët zyrtare

(1) Lidhur me zbatimin e kësaj marrëveshjeje si dhe të dispozitave ligjore të mbuluara nga fusha lëndore e zbatimit të kësaj marrëveshjeje, institucionet e shteteve kontraktuese mund të komunikojnë drejtpërdrejt me njëri-tjetrin si dhe me personat e prekur dhe me përfaqësuesit e tyre në gjuhët e tyre zyrtare. Dispozitat ligjore për përfshirjen e përkthyesve mbeten të paprekura.

(2) Vendimet ose shkresat e tjera mund t'i dërgohen një personi, i cili qëndron në territorin sovran të shtetit tjetër kontraktues, drejtpërdrejt me anë të një letre të zakonshme ose një letre rekomande me vërtetim marrjeje. Kjo vlen edhe për vendimet ose shkresat e tjera që duhet të dërgohen, të cilat nxirren në zbatim të ligjit gjerman mbi kujdesjen për viktimat e luftës dhe në zbatim të atyre ligjeve, të cilat deklarojnë, që ky ligj të zbatohet përkatësisht.

(3) Institucionet e shteteve kontraktuese nuk mund të refuzojnë kërkesa dhe dokumente me arsyetimin se janë shkruar në gjuhën zyrtare të shtetit tjetër kontraktues.

Neni 17

Trajtimi i barabartë i kërkesave

(1) Kur kërkesa për pagesë në bazë të dispozitave ligjore të një shteti kontraktues ka mbërritur tek institucioni në shtetin tjetër kontraktues, atëherë kërkesa vlerësohet si e paraqitur tek institucioni i shtetit të parë kontraktues. Kjo vlen përkatësisht edhe për kërkesat e tjera si dhe për deklaratat, informacionet dhe instrumentat ligjore.

(2) Die Anträge, Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe sind vom Träger des einen Vertragsstaats, bei dem sie eingereicht worden sind, unverzüglich an den Träger des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats, wenn der Antrag erkennen lässt, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegt worden sind. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Renten bei Alter aufgeschoben wird.

Artikel 18 Datenschutz

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften.

1. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgesehenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit, wenn die Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat. Ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Staates ist eine Verwendung für andere Zwecke nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder für bedeutende Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr im Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde des übermittelnden Staates unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung verweigert, ist die weitere Verwendung der Informationen für den anderen Zweck unzulässig; ein durch die zweckändernde Verwendung der Information entstandener Schaden ist zu ersetzen.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Die empfangende Stelle hat den Betroffenen über die Datenerhebung bei der übermittelnden Stelle zu informieren. Die Information kann unterbleiben, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben das Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Nummer 4 Satz 2 gilt entsprechend. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Aus-

(2) Institucioni i shtetit kontraktues, në të cilin janë paraqitur kërkesat, deklaratat, informacionet dhe instrumentat ligjore, është i detyruar t'ia transmetojë ato pa vonesë institucionit të shtetit tjetër kontraktues.

(3) Një kërkesë për pagesa në bazë të dispozitave ligjore të një shteti kontraktues vlerësohet edhe si kërkesë për një pagesë përkatëse në bazë të dispozitave ligjore të shtetit tjetër kontraktues, kur nga kërkesa del se janë përmbushur periudhat e sigurimit në bazë të dispozitave ligjore të shtetit tjetër kontraktues. Kjo nuk vlen në rastet kur parashtuesi i kërkesës e kërkon shprehimisht shtyrjen e vërtetimit të pretendimeve lidhur me pensionin e pleqërisë në bazë të dispozitave ligjore të shtetit tjetër kontraktues.

Neni 18

Mbrojtja e të dhënave personale

Kur në bazë të kësaj marrëveshjeje dhe në përputhje me legjislacionin e brendshëm transmetohen të dhëna personale, atëherë vlejnjë përcaktimet e mëposhtme, duke marrë parasysh dispozitat ligjore, të cilat vlejnjë për secilin palë kontraktuese:

1. Marrësi, kur i kërkohet, e njofton institucionin transmetues për përdorimin e të dhënave të transmetuara dhe për rezultatet e arritura nga kjo.
2. Përdorimi i të dhënave nga marrësi lejohet vetëm për qëllimet e caktuara në këtë marrëveshje dhe me kushtet e parashikuara nga institucioni transmetues. Më tej, përdorimi i tyre lejohet për parandalimin dhe ndjekjen e veprave penale jashtëzakonisht të rënda si dhe për mbrojtjen kundër rreziqeve të konsiderueshme për sigurinë publike, kur autoriteti i shtetit transmetues është shprehur dakord me këtë përdorim. Pa miratimin paraprak të institucionit kompetent të shtetit transmetues, përdorimi për qëllime të tjera lejohet vetëm kur është i domosdoshëm për mbrojtjen kundër një rreziku urgjent, i cili ekziston në rastin konkret për jetën, pacenueshmërinë fizike ose lirinë personale të një individi ose për vlera të konsiderueshme pasurore, dhe kur ka rrezik urgjent. Në këtë rast është e domosdoshme që të kërkohet pa vonesë miratimi i mëpashtëm i ndërrimit të qëllimit nga autoriteti kompetent i shtetit transmetues. Nëse miratimi refuzohet, atëherë nuk lejohet përdorimi i mëtejshëm i informacioneve për qëllimin tjetër; dëmi i shkaktuar nga përdorimi i informacionit për një qëllim tjetër duhet të kompensohet.
3. Institucioni transmetues është i detyruar të kujdeset për saktësinë e të dhënave, që do të transmetohen, si dhe për domosdoshmërinë dhe proporcionalitetin lidhur me qëllimin për të cilin ato transmetohen. Në këtë kuadër duhet të respektohen dispozitat ndaluese të legjislacionit të brendshëm të secilit shtet në lidhje me transmetimin e të dhënave. Transmetimi i të dhënave nuk bëhet kur institucioni transmetues ka arsye të supozojë se një veprim i tillë do të ishte në kundërshtim me qëllimin e një ligji brendashtetëror ose kur do të dëmtoheshin interesat e personit të prekur, të cilat duhet të mbroheshin. Nëse rezulton se janë transmetuar të dhëna të pasakta ose të dhëna, që nuk duhej të transmetoheshin, atëherë duhet të njoftohet menjëherë institucioni marrës. Ky institucion është i detyruar t'i korrigojë ose t'i shuajë menjëherë të dhënat në fjalë.
4. Institucioni marrës duhet ta informojë personin e prekur lidhur me mbledhjen e të dhënave tek institucioni transmetues. Informacioni i tillë mund të mos i jepet personit të prekur, kur nga analiza përkatëse rezulton se interesi publik për të mos e dhënë informacionin ka përparësi në raport me interesin e personit të prekur për t'u informuar.
5. Personi i prekur, kur paraqet kërkesë përkatëse, duhet të informohet për të dhënat e transmetuara rreth personit të tij si dhe për qëllimin e parashikuar të përdorimit të tyre. Në këtë kontekst vlen edhe pika 4, fjalia e dytë. Përveç kësaj, e drejta e personit të prekur për t'u informuar për të dhënat rreth per-

- kunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür der Empfänger nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Er kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht worden ist, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
 7. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
 8. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
 9. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- sonit të tij orientohet nga e drejta e brendshme të atij shteti kontraktues, në territorin sovran të të cilit kërkohet ky informacion.
 6. Kur dikush dëmtohet në mënyrë të paligjshme si rezultat i transmetimit të të dhënave sipas kësaj marrëveshjeje, marrësi përgjigjet për këtë në përputhje me legjislacionin e tij të brendshëm. Në raportin e tij me të dëmtuarin, ai nuk mund të shfajësohet duke pohuar se dëmi është shkaktuar nga institucioni transmetues. Nëse institucioni marrës paraqet kompensim për një dëm të shkaktuar nga përdorimi i të dhënave të transmetuara në mënyrë jo të drejtë, atëherë institucioni transmetues ia rimbursion institucionit marrës shumën totale të kompensimit të paguar.
 7. Nëse legjislacioni i brendshëm, i cili zbatohet për institucionin transmetues, parashikon afate të veçanta për shuarjen e të dhënave personale të transmetuara, institucioni transmetues e njofton marrësin për këtë. Pavarësisht nga këto afate, të dhënat personale të transmetuara duhet të shuhen, sapo ato të mos nevojiten më për qëllimin, për të cilin ishin transmetuar.
 8. Institucioni transmetues dhe marrësi kanë detyrimin që ta dokumentojnë transmetimin dhe marrjen e të dhënave personale.
 9. Institucioni transmetues dhe marrësi kanë detyrimin që t'i mbrojnë në mënyrë efektive të dhënat personale të transmetuara nga aksesit i paautorizuar, ndryshimi i paautorizuar dhe publikimi i paautorizuar.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 19

Durchführungsvereinbarungen und Verbindungsstellen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen bestimmt:

1. in der Bundesrepublik Deutschland
 - a) für die Rentenversicherung
 - die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, Speyer,
 - die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,
 - die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum,
 - b) für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
 - die Deutsche Rentenversicherung für das Saarland, Saarbrücken,
 - c) für die Alterssicherung der Landwirte
 - die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel,
 - d) soweit die gesetzlichen Krankenkassen an der Durchführung dieses Abkommens beteiligt sind,
 - der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;

Kapitulli 2

Zbatimi dhe interpretimi i kësaj marrëveshjeje

Neni 19

Marrëveshjet e zbatimit dhe autoritetet ndërlidhëse

(1) Autoritetet kompetente të shteteve kontraktuese mund të lidhin marrëveshjet e nevojshme për zbatimin e kësaj marrëveshjeje.

(2) Për zbatimin e kësaj marrëveshjeje caktohen institucionet e mëposhtme ndërlidhëse:

1. në Republikën Federale të Gjermanisë
 - a) për sigurimin e pensioneve
 - Sigurimi Gjerman i Pensioneve i landit Rheinland-Pfalz (Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz), Speyer,
 - Sigurimi Gjerman i Pensioneve – Federata (Deutsche Rentenversicherung Bund), Berlin,
 - Sigurimi Gjerman i Pensioneve - Korporata e Punonjësve të Hekurudhës dhe e Detarëve (Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See), Bochum,
 - b) për sigurimin shtesë të korporatës së minatorëve
 - Sigurimi Gjerman i Pensioneve për Saarland-in (Deutsche Rentenversicherung für das Saarland), Saarbrücken,
 - c) për pensionin e pleqërisë për bujqit
 - Sigurimi Social për Bujqësinë, Pyltarinë dhe Kopshtarinë (Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau), Kassel;
 - d) në rastet kur institucionet ligjore të sigurimit shëndetësor janë të përfshirë në zbatimin e kësaj marrëveshjeje,
 - Asociacioni Qendror Federal i Shoqërive të Sigurimit Shëndetësor – Dikasteri Ndërlidhës Gjerman për Sigurimin Shëndetësor Jashtë Vendit (Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;

2. in der Republik Albanien
- a) das Institut der Sozialversicherung (Instituti i Sigurimeve Shoqërore), Tirana,
 - b) der Fonds der Pflichtversicherung für die Gesundheitsfürsorge (Fondi i Sigurimit të Detyrueshëm të Kujdesit Shëndetësor), Tirana.

(3) Bei der Zuordnung zu einem Regionalträger innerhalb der Deutschen Rentenversicherung ist die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, Speyer, für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

1. Versicherungszeiten nach deutschen und albanischen Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden oder anzurechnen sind oder
2. der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Albanien hat oder
3. der Berechtigte albanischer Staatsangehöriger ist und seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Vertragsstaaten hat.

Dies gilt für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Den Verbindungsstellen und den nach Artikel 9 dieses Abkommens von den zuständigen Behörden bevollmächtigten Stellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über ihre Rechte und Pflichten nach diesem Abkommen.

(5) Die Verbindungsstellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Zahlung und die Erstattung von Geldleistungen.

(6) Absatz 5 gilt entsprechend für die nach Artikel 9 dieses Abkommens von den zuständigen Behörden bevollmächtigten Stellen.

(7) Die Verbindungsstellen unterrichten einander jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der Zahlungen erstrecken, die nach Leistungsarten gegliedert sind. Das Nähere regeln die Verbindungsstellen.

(8) Die Verbindungsstellen unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften.

Artikel 20

Währung und Umrechnungskurse

(1) Renten oder andere Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats werden unmittelbar ausgezahlt.

(2) Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in der Währung des ersten Vertragsstaats mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistungen zugrunde gelegt worden ist.

(3) Hat ein Träger eines Vertragsstaats an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten.

2. në Republikën e Shqipërisë

- a) Instituti i Sigurimeve Shoqërore, Tiranë
- b) Fondi i Sigurimit të Detyrueshëm të Kujdesit Shëndetësor, Tiranë

(3) Lidhur me klasifikimin e një institucioni rajonal brenda Sigurimit Gjerman të Pensioneve, përgjegjësinë për të gjitha procedurat përfshirë vlerësimin dhe kryerjen e pagesave e ka Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, Speyer, nëse:

1. janë përmbushur ose duhet të llogariten periudhat e sigurimit sipas dispozitave ligjore gjermane dhe shqiptare, ose nëse
2. personi, i cili ka të drejtë të marrë pagesë, e ka vendbanimin e zakonshëm në territorin sovran të Republikës së Shqipërisë, ose nëse
3. personi, i cili ka të drejtë të marrë pagesë, e ka vendbanimin e zakonshëm jashtë shteteve kontraktuese.

Lidhur me pagesat për rehabilitim mjekësor dhe pjesëmarrje aktive në punë, kjo vlen vetëm kur pagesat në fjalë kryhen në kuadër të një procedure pensionesh në vazhdim.

(4) Institucionet ndërlidhëse dhe institucionet e autorizuar nga autoritetet kompetente sipas nenit 9 të kësaj Marrëveshjeje kanë detyrimin që në kuadër të kompetencave të tyre t'i informojnë në përgjithësi personat e prekur për të drejtat dhe detyrimet e tyre sipas kësaj marrëveshjeje.

(5) Institucionet ndërlidhëse autorizohen që me pjesëmarrjen e autoriteteve kompetente në kuadër të kompetencave të tyre të merren vesh për masat administrative të nevojshme dhe efikase, përfshirë procedurën për kryerjen dhe rimbursimin e përfitimeve në para.

(6) Paragrafi 5 vlen përkatësisht edhe për institucionet e autorizuar nga autoritetet kompetente sipas nenit 9 të kësaj marrëveshjeje.

(7) Institucionet ndërlidhëse e informojnë çdo vit njëri – tjetrin, duke u bazuar në gjendjen e datës 31 dhjetor, për pagesat e kryera për në territorin sovran e shtetit tjetër kontraktues. Po të jetë e mundur, këto të dhëna duhet të përfshijnë numrin dhe shumën totale të pagesave, të klasifikuara sipas kategorive. Hollësitrat do të rregullohen nga institucionet ndërlidhëse.

(8) Institucionet ndërlidhëse informojnë njëri-tjetrin lidhur me ndryshimet dhe plotësimet e dispozitave ligjore, të cilat vlejnë për to dhe mbulohen nga fusha lëndore e zbatimit të kësaj marrëveshjeje.

Neni 20

Monedha dhe kurset e këmbimit

(1) Pagesa e pensioneve ose pagesat e tjera në para për përfituesin në territorin sovran të shtetit tjetër kontraktues kryhen drejtpërdrejt.

(2) Pagesat në para nga një institucion i një shteti kontraktues për një përfitues, i cili ndodhet në territorin sovran të shtetit tjetër kontraktues, mund të kryhen me monedhën e shtetit të parë kontraktues me efekt çlirues. Në raportin mes institucionit dhe personit, i cili ka të drejtë të marrë pagesë, përcaktues për konvertimin është kursi i këmbimit të ditës, i cili është marrë si bazë gjatë transmetimit të pagesave monetare.

(3) Nëse një institucion i një shteti kontraktues duhet të kryejë pagesa për një institucion të shtetit tjetër kontraktues, atëherë këto pagesa duhet të kryhen në monedhën e shtetit të dytë kontraktues.

Artikel 21 Erstattungen

Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

Artikel 22 Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie durch eine im beiderseitigen Einvernehmen gebildete gemeinsame Ad-hoc-Kommission geregelt.

Teil V Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 23 Leistungsansprüche auf der Grundlage dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Die vor dem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und andere vor dem Inkrafttreten bestehende rechtserhebliche Sachverhalte werden bei der Anwendung dieses Abkommens berücksichtigt.

(3) Entscheidungen vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, können auf Antrag neu festgestellt werden, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt. Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, können auch von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt der Tag, an dem der Träger eines Vertragsstaats das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

(5) Ergibt die Neufeststellung nach Absatz 4 keine oder eine niedrigere Rente als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 24 Schlussprotokoll

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 25 Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

Artikel 26 Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft. Jeder Vertragsstaat kann es bis zum 30. September eines Kalenderjahres auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die

Neni 21 Rimbursimet

Nëse institucioni i një shteti kontraktues ka kryer pagesa në para pa pasur të drejtë, atëherë shuma e paguar padrejtësisht mund të zbritet nga pagesa në favor të institucionit, sipas dispozitave ligjore të shtetit tjetër kontraktues.

Neni 22 Zgjidhja e mosmarrëveshjeve

(1) Sa të jetë e mundur, mosmarrëveshjet mes shteteve kontraktuese për interpretimin ose zbatimin e kësaj marrëveshjeje zgjidhen nga autoritetet kompetente.

(2) Në qoftë se një mosmarrëveshje nuk mund të zgjidhet në këtë mënyrë, ajo do të rregullohet nga një komision ad hoc, i cili ngrihet me miratimin e të dyja palëve.

Pjesa V Rregullimet kalimtare dhe përfundimtare

Neni 23 Pretendimet për pagesa në bazë të kësaj marrëveshjeje

(1) Kjo marrëveshje nuk përbën bazën për pretendime lidhur me pagesa për kohën para hyrjes së saj në fuqi.

(2) Periudhat e sigurimit të përbushura para hyrjes në fuqi sipas dispozitave ligjore të shteteve kontraktuese dhe rrethanat e tjera me rëndësi ligjore do të merren parasysh gjatë zbatimit të kësaj marrëveshjeje.

(3) Vendimet, të cilat janë marrë para hyrjes në fuqi të kësaj marrëveshjeje, nuk janë në kundërshtim me zbatimin e kësaj marrëveshjeje.

(4) Pensionet, të cilat janë caktuar para hyrjes në fuqi të kësaj marrëveshjeje, me kërkesë mund të rillogariten, kur ndryshimi del vetëm nga dispozitat e kësaj marrëveshjeje. Pensionet, të cilat janë caktuar para hyrjes në fuqi të kësaj marrëveshjeje, mund të rillogariten edhe zyrtarisht. Në këto raste dita, në të cilën institucioni i një shteti kontraktues fillon procedurën, vlerësohet si dita e paraqitjes së kërkesës në bazë të dispozitave ligjore të shtetit tjetër kontraktues.

(5) Nëse rillogaritja sipas paragrafit 4 nuk rezulton në asnjë pension ose nëse rezulton në një pension më të ulët sesa pensioni i paguar në periudhën e fundit para hyrjes në fuqi të kësaj marrëveshjeje, atëherë pensioni duhet të paguhet edhe më tej me shumën e deriatëhershme.

Neni 24 Protokolli përfundimtar

Protokolli përfundimtar i bashkëlidhur është pjesë e kësaj marrëveshjeje.

Neni 25 Ratifikimi dhe hyrja në fuqi

(1) Kjo marrëveshje ka nevojë për ratifikim. Dokumentet e ratifikimit do të shkëmbehen sa më shpejt që të jetë e mundur.

(2) Kjo marrëveshje hyn në fuqi në ditën e parë të muajit të tretë pas muajit, në të cilin janë shkëmbyer dokumentet e ratifikimit.

Neni 26 Koha e vlefshmërisë dhe prishja

(1) Kjo marrëveshje mbetet në fuqi për një kohë të pacaktuar. Secili shtet kontraktues mund ta prishë atë në rrugë diplomatike me shkrim, deri në datën 30 shtator të një viti kalendarik. Prishja

Kündigung wird am 1. Januar des auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres wirksam.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Geschehen zu Tirana am 23. September 2015 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

bëhet e efektshme më 1 janar të vitit kalendarik pas prishjes.

(2) Në rast se kjo marrëveshje shfuqizohet për shkak të njoftimit për prishjen, dispozitat e saj lidhur me pretendimet për pagesë, të fituara deri në atë moment, do të vazhdojnë të zbatohen. Dispozitat kufizuese për përjashtimin e një pretendimi apo për pezullimin ose ndërprerjen e pagesave për shkak të vendbanimit të zakonshëm jashtë vendit nuk do të merren parasysh për këto pretendime.

Bërë në Tiranë më 23 shtator 2015 në dy origjinale, secili në gjuhën gjermane dhe shqipe, duke patur secili tekst fuqi të barabartë.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Për Republikën Federale të Gjermanisë

Jörg Asmussen
Anke Holstein

Für die Republik Albanien
Për Republikën e Shqipërisë

Blendi Klosi

Schlussprotokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Albanien
über Soziale Sicherheit

Protokoll i përfundimtar
i Marrëveshjes
ndërmjet Republikës Federale të Gjermanisë
dhe Republikës së Shqipërisë
për Mbrojtjen Shoqërore

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 5 des Abkommens:

Werden andere als die genannten Minister oder Ministerien für den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens zuständig, sind diese zuständige Behörde.

2. Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 9 des Abkommens:

Der gewöhnliche Aufenthalt ergibt sich aus dem tatsächlichen, rechtmäßigen und auf Dauer ausgerichteten Verweilen sowie dem Schwerpunkt der Lebensverhältnisse.

3. Zu Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b des Abkommens:

Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung gelten die besonderen Bestimmungen des Abkommens (Teil III) nicht.

4. Zu Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens:

- a) Ungeachtet des Artikels 2 Absatz 2 berücksichtigen
- die deutschen Träger soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz zurückgelegt worden sind und
 - die Träger beider Vertragsstaaten soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person, die in einem Drittstaat zurückgelegt worden sind, mit dem beide Vertragsstaaten ein gleichartiges Abkommen über Soziale Sicherheit geschlossen haben.
- b) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt Artikel 2 Absatz 2 nicht, soweit das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung Versicherungslastregelungen enthält, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines Staates übergegangen oder aus dessen Last abgegeben worden sind.

5. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände von Trägern sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- b) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland bleiben Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Abkommen oder im überstaatlichen Recht unberührt.

Me rastin e nënshkrimit të Marrëveshjes ndërmjet Republikës Federale të Gjermanisë dhe Republikës së Shqipërisë për Mbrojtjen Shoqërore, personat e autorizuar të të dy shteteve kontraktuese deklarojnë se kanë rënë dakord për sa vijon:

1. Për nenin 1, paragrafi 1, pika 5 e Marrëveshjes:

Me autoritet kompetent do të nënkuptohet edhe çdo ministër ose ministri tjetër të cilëve në të ardhmen mund t'u kalojë përgjegjësia për fushën lëndore të kësaj Marrëveshje.

2. Për nenin 1, paragrafi 1, pika 9 e Marrëveshjes:

Vendbanim i zakonshëm rezulton nga qëndrimi faktik, i ligjshëm, i cili synohet të jetë i përhershëm, si dhe nga qendra e aktivitetit jetësor.

3. Për nenin 2, paragrafi 1, pika 1, gërma b e Marrëveshjes:

Rregullimet e veçanta të Marrëveshjes (pjesa III) nuk vlejnë për sigurimin shtesë të korporatës së minatorëve, i cili ekziston në Republikën Federale të Gjermanisë.

4. Për nenin 2, paragrafi 2 i Marrëveshjes:

- a) Pavarësisht nga neni 2, paragrafi 2
- institucionet gjermane, për sa të jetë e nevojshme, marrin parasysh edhe periudhat e sigurimit të një personi, të cilat janë përbushur në një shtet tjetër anëtar të Bashkimit Evropian, në një shtet tjetër kontraktues të Marrëveshjes për Hapësirën Ekonomike Evropiane ose në Zvicër, dhe
 - institucionet e të dy shteteve kontraktuese, për sa të jetë e nevojshme, marrin parasysh edhe periudhat e sigurimit të një personi, të cilat janë përbushur në një shtet të tretë, me të cilin të dy shtete kontraktuese kanë lidhur një marrëveshje për mbrojtjen shoqërore.

- b) Në lidhje me Republikën Federale të Gjermanisë, neni 2, paragrafi 2 nuk vlen nëse marrëveshja ose rregullimi mbishtetëror tjetër përmban dispozitat për sigurimin sipas të cilave periudhat e sigurimit janë përfundimisht në ngarkim të një shteti ose nuk janë më në ngarkim të tij.

5. Për nenin 4 të Marrëveshjes:

- a) Dispozitat ligjore të një shteti kontraktues, të cilat garantojnë bashkëpunimin e të siguruarve dhe të punëdhënësve në organet e vetadministrimit të institucionit dhe të shoqatave të institucioneve si dhe në juridiksionin e mbrojtjes shoqërore, mbeten të pacënuara.
- b) Lidhur me Republikën Federale të Gjermanisë, dispozitat për detyrimin e sigurimit në marrëveshjet ndërkombëtare ose në të drejtën ndërkombëtare mbeten të pacënuara.

- c) Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz haben, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur nach der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 berechtigt.
- d) Albanische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser Beitragszeiten für mindestens 60 Monate zurückgelegt haben. Dies gilt entsprechend für Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und für Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Albanien. Für die übrigen vom persönlichen Geltungsbereich des Abkommens erfassten Personen gilt Artikel 4 nicht für die freiwillige Versicherung in der deutschen Rentenversicherung. Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.
- e) Die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten über die Versicherungspflicht der gewöhnlich an Bord eines Schiffes erwerbstätigen Personen bleiben unberührt.
- c) Personat me vendbanim të zakonshëm jashtë Republikës Federale të Gjermanisë, të cilët kanë shtetësinë e një shteti anëtar të Bashkimit Evropian, të një shteti tjetër kontraktues të Marrëveshjes për Hapësirën Ekonomike Evropiane ose të Zvicrës, kanë të drejtën të sigurohen vullnetarisht në Sigurimin Gjerman të Pensioneve vetëm sipas Rregullores së Komunitetit Evropian Nr. 883/2004.
- d) Shtetasit shqiptarë me vendbanim të zakonshëm jashtë territorit sovran të Republikës Federale të Gjermanisë kanë të drejtën të sigurohen vullnetarisht në Sigurimin Gjerman të Pensioneve, nëse për të kanë përbushur periudha të sigurimit prej jo më pak se 60 muaj. Kjo vlen përkatësisht edhe për refugjatët në kuptimin e nenit 1 të Marrëveshjes së Kombeve të Bashkuara të datës 28 korrik 1951 mbi pozitën juridike të refugjatëve dhe të protokollit të datës 31 janar 1967 mbi pozitën juridike të refugjatëve si dhe për personat pa shtetësi në kuptimin e nenit 1 të Marrëveshjes së datës 28 shtator 1954 mbi pozitën juridike të personave pa shtetësi me vendbanim të zakonshëm në territorin sovran të Republikës së Shqipërisë. Për personat e tjerë, të cilët mbulohen nga fusha personale e zbatimit të marrëveshjes, neni 4 nuk vlen për sigurimin vullnetar në Sigurimin Gjerman të Pensioneve. Dispozitat më të favorshme ligjore të brendshme mbeten të pacënuara.
- e) Dispozitat ligjore të shteteve kontraktuese mbi detyrimin për sigurim të një personi zakonisht të punësuar në bordin e një anijeje detare mbeten të paprekura.

6. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Albanien erhalten eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.
- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt worden sind sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentengesetz anrechenbare Versicherungszeiten, bleiben unberührt.
- c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie über ergänzende Leistungen der Träger der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.
- d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, bleiben unberührt.

7. Zu den Artikeln 6, 7 und 9 des Abkommens:

- a) Gelten für eine Person nach den Artikeln 6, 7 und 9 die deutschen Rechtsvorschriften, finden hinsichtlich dieser Beschäftigung in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber allein die deutschen Rechtsvorschriften über die Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung) so Anwendung, als ob die Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt würde.
- b) Gelten für eine Person nach den Artikeln 6, 7 und 9 die albanischen Rechtsvorschriften, finden hinsichtlich dieser Beschäftigung in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber allein die albanischen Rechtsvorschriften über die Gesundheits-, Arbeitsunfall-, Berufskrankheits-, Kranken-, Mutterschafts- und Arbeitslosenversicherung so Anwendung, als ob die Erwerbstätigkeit in der Repu-

6. Për nenin 5 të Marrëveshjes:

- a) Personat me vendbanim të zakonshëm në territorin sovran të Republikës së Shqipërisë marrin një pension në bazë të dispozitave ligjore gjermane për shkak të invaliditetit vetëm në rastin, kur kjo e drejtë për të përfitur ekziston, pavarësisht nga gjendja përkatëse e tregut të punës.
- b) Dispozitat ligjore gjermane për përfitimet nga periudhat e sigurimit, të cilat nuk ishin kryer në territorin sovran të Republikës Federale të Gjermanisë, dhe për përfitimet për periudhat e sigurimit, të cilat mund të llogariten sipas Ligjit për Pensionet e Huaja, mbeten të pacënuara.
- c) Dispozitat ligjore gjermane mbi përfitimet për rehabilitim mjekësor, për pjesëmarrjen aktive në punë, si dhe për përfitimet plotësuese nga institucionet të sigurimit të pensionit dhe të pensionit të pleqërisë për bujqit mbeten të pacënuara.
- d) Dispozitat ligjore gjermane, të cilat e parashikojnë pezullimin e pretendimeve nga sigurimi i pensionit për personat, të cilët nëpërmjet qëndrimit të tyre jashtë vendit i shmangen procedimit penal kundër tyre, mbeten të pacënuara.

7. Për nenet 6, 7 dhe 9 të Marrëveshjes

- a) Kur për një person sipas neneve 6, 7 dhe 9 të marrëveshjes zbatohen dispozitat ligjore gjermane, lidhur me këtë punësim gjejnë zbatim në të njëjtën mënyrë për të dhe për punëdhënësin e tij vetëm dispozitat ligjore gjermane për sigurimin shëndetësor, sigurimin për përkuqjesje shëndetësore dhe sigurimin ndaj aksidenteve si dhe për detyrimin e sigurimit në bazë të së drejtës së nxitjes së punësimit (sigurimi i papunësisë) njëlloj sikur puna të ishte kryer në Republikën Federale të Gjermanisë.
- b) Kur për një person sipas neneve 6, 7 dhe 9 të marrëveshjes zbatohen dispozitat ligjore shqiptare, lidhur me këtë punësim gjejnë zbatim në të njëjtën mënyrë për të dhe për punëdhënësin e tij vetëm dispozitat ligjore shqiptare për sigurimin shëndetësor, sigurimin ndaj aksidenteve në punë dhe sëmundjeve profesionale, sigurimin e sëmundjes, sigurimin për barrëindje dhe sigurimin e pa-

blik Albanien ausgeübt würde. In diesem Fall gelten die deutschen Rechtsvorschriften über die Pflegeversicherung nicht.

8. Zu Artikel 7 des Abkommens:

- a) Eine Entsendung in den anderen Vertragsstaat liegt insbesondere dann nicht vor, wenn
 - aa) die Tätigkeit des entsandten Arbeitnehmers nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht;
 - bb) die zum Zwecke der Entsendung eingestellte Person zu diesem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hat.
- b) Der Zeitraum von 24 Monaten beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens bereits entsandt sind, mit diesem Tag.
- c) Der Arbeitgeber übt im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit aus, wenn er dort üblicherweise 25 Prozent des Umsatzes erzielt oder 25 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt.
- d) Erfolgt die erneute Entsendung im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit einem anderen Arbeitgeber, setzt die Anwendung von Artikel 7 Absatz 1 voraus, dass der Arbeitnehmer bei dem anderen Arbeitgeber unmittelbar vor der Entsendung mindestens zwei Monate im Entsendestaat beschäftigt war.

9. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Eine Ausnahmereinbarung kann insbesondere für einen Arbeitnehmer geschlossen werden, der bei einer im anderen Vertragsstaat ansässigen, rechtlich selbstständigen Beteiligungsgesellschaft seines Arbeitgebers im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorübergehend mehr als zwei Monate im Kalenderjahr eingesetzt wird und für diesen Zeitraum zu Lasten der Beteiligungsgesellschaft Arbeitsentgelt bezieht.

10. Zu Artikel 23 des Abkommens:

Wird ein Antrag auf eine Rente, auf die nur unter Anwendung des Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von 12 Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente

- a) nach den deutschen Rechtsvorschriften mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens jedoch mit dem Inkrafttreten des Abkommens;
- b) nach den albanischen Rechtsvorschriften mit dem Tag, an dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens jedoch mit dem Inkrafttreten des Abkommens.

punësisë, njëlloj sikur puna të ishte kryer në Republikën e Shqipërisë. Në këtë rast, dispozitat ligjore gjermane për përkujdesjen e pleqërisë nuk gjejnë zbatim.

8. Për nenin 7 të Marrëveshjes:

- a) Nuk konsiderohet dërgim në shtetin tjetër kontraktues veçanërisht kur:
 - aa) puna e punëmarrësit të dërguar nuk përputhet me fushën e veprimtarisë së punëdhënësit në shtetin dërgues;
 - bb) personi i punësuar me qëllim dërgimi në këtë kohë nuk e ka vendbanimin e zakonshëm në shtetin dërgues.
- b) Për personat, të cilët në ditën e hyrjes në fuqi të marrëveshjes kanë qenë të dërguar, periudha prej 24 muajsh fillon në këtë ditë.
- c) Punëdhënësi kryen një aktivitet të konsiderueshëm nëse në vendin ku ushtron zakonisht aktivitetin e tij realizon normalisht 25% të xhiros vjetore ose mban të punësuar 25% të punonjësve.
- d) Nëse dërgimi i ri kryhet në kuadrin e një marrëdhënieje punësimi me një punëdhënësit tjetër, neni 7 paragrafi 1 zbatohet nëse punëmarrësi ka punuar në vendin dërgues me punëdhënësin tjetër të paktën 2 muaj para dërgimit të ri.

9. Për nenin 9 të Marrëveshjes:

Për një përjashtim mund të bihet dakord në mënyrë të veçantë lidhur me një punëmarrës, i cili vihet në dispozicion përkohësisht për më shumë se dy muaj brenda vitit kalendarik tek një shoqëri ku punëdhënësi i tij zotëron pjesë në kapital, e cila e ka selinë në territorin sovran të shtetit tjetër kontraktues dhe gëzon personalitet juridik të pavarur dhe për këtë periudhë pune paga është në ngarkim të shoqërisë ku punëdhënësi i tij zotëron pjesë në kapital.

10. Për Nenin 23 të Marrëveshjes:

Nëse paraqitet një kërkesë për pension vetëm mbi bazën e zbatimit të kësaj marrëveshjeje brenda 12 muajve që ka hyrë në fuqi atëherë pensioni do të fillojë:

- a) sipas dispozitave ligjore gjermane në muajin kalendarik, në fillim të të cilit u përmbushën kushtet, sidoqoftë jo më parë se data e hyrjes në fuqi të kësaj marrëveshjeje.
- b) sipas dispozitave ligjore shqiptare në ditën në të cilën janë përmbushur kushtet, sidoqoftë jo më parë se data e hyrjes në fuqi të kësaj marrëveshjeje.

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Abkommen regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern beider Staaten, sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie deren Hinterbliebenen vor. Die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch können durch Zusammenrechnung der in beiden Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden. Jeder Staat zahlt aber nur die Rente für die nach seinem Recht zurückgelegten Versicherungszeiten.

Werden gewöhnlich in Deutschland beschäftigte Arbeitnehmer in die Republik Albanien entsandt, gelten für sie die deutschen Rechtsvorschriften in der Rentenversicherung so, als ob sie weiterhin dort beschäftigt wären; spiegelbildlich gelten für nach Deutschland entsandte Arbeitnehmer aus der Republik Albanien weiterhin die entsprechenden albanischen Rechtsvorschriften. Der Schutz der Rentenversicherung im jeweiligen Herkunftsland bleibt bestehen und kostenintensive Doppelversicherungen werden vermieden.

II. Besonderer Teil

Teil I (Artikel 1 bis 5) beinhaltet allgemeine Bestimmungen, die den Geltungsbereich des Abkommens und Grundsätze für dessen Anwendung definieren.

Artikel 1 und die Nummern 1 und 2 des Schlussprotokolls bestimmen die Begriffe, die in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendet werden. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Artikel 2 und die Nummern 3 und 4 des Schlussprotokolls legen den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem sie die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennen, auf die sich das Abkommen bezieht. Andere bilaterale Abkommen oder überstaatliche Regelungen der Vertragsstaaten sind dabei grundsätzlich nicht anzuwenden. Dies gilt aber nicht in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland, wenn diese Abkommen oder überstaatlichen Regelungen Versicherungsregelungen enthalten.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt. Es handelt sich um ein offenes Abkommen. Unabhängig von der Staatsangehörigkeit werden grundsätzlich alle Personen erfasst, die unter die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten fielen oder fallen.

Artikel 4 enthält für jeden Vertragsstaat die grundsätzliche Verpflichtung, die vom Abkommen erfassten Personen wie seine eigenen Staatsangehörigen zu behandeln, sofern nicht Nummer 5 des Schlussprotokolls einschränkende Regelungen enthält. So sind beispielsweise nach Nummer 5 Buchstabe d des Schlussprotokolls Staatsangehörige der Republik Albanien mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nur zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie dort mindestens 60 Beitragsmonate zurückgelegt haben. Für Drittstaatsangehörige gilt das Recht auf freiwillige Versicherung bei gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden können, wenn sich die leistungsberechtigten Personen gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten. Nummer 6 Buchstabe a des Schlussprotokolls schränkt diesen Grundsatz jedoch insoweit ein, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Republik Albanien gezahlt werden, wenn für die Rentenfeststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand der Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt maßgeblich ist.

Teil II (Artikel 6 bis 9) beinhaltet die Regelungen zu den anzuwendenden Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dort wird festgelegt, ob für eine erwerbstätige Person die deutschen oder die albanischen Rechtsvorschriften gelten, sodass eine Doppelversicherung in der Rentenversicherung ausgeschlossen wird. Die Bestimmungen werden durch Nummer 7 des Schlussprotokolls ergänzt. Untersteht eine Person nach dem Abkommen den Rechtsvorschriften Deutschlands, finden allein die deutschen Vorschriften in Bezug auf die Versicherungspflicht nach dem Recht der Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie der Arbeitsförderung auf sie und ihren Arbeitgeber Anwendung. Gelten dagegen die albanischen Rechtsvorschriften, finden allein die albanischen Vorschriften über die Gesundheits-, Arbeitsunfall-, Berufskrankheits-, Kranken-, Mutterschafts- sowie Arbeitslosenversicherung Anwendung, und die deutschen Rechtsvorschriften über die Pflegeversicherung gelten nicht.

Nach Artikel 6 sind grundsätzlich die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung oder Tätigkeit tatsächlich ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Für Mitglieder des Flug- und Kabinenpersonals von Luftfahrzeugen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem die beschäftigenden Luftfahrtgesellschaften ihren Sitz haben. Für Personen, die gewöhnlich an Bord eines Seeschiffs beschäftigt sind, das die Flagge eines Vertragsstaats führt, sind die Rechtsvorschriften dieses Staates anwendbar.

Wird ein Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber vorübergehend in den anderen Vertragsstaat entsandt, sieht Artikel 7 vor, dass grundsätzlich für die ersten 24 Monate der Entsendung ausschließlich die Rechtsvorschriften des Entsendestaats gelten. Eine erneute Entsendung unter Fortgeltung der Rechtsvorschriften des Entsendestaats ist nur im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit einem anderen Arbeitgeber, für den er unmittelbar vor der Entsendung mindestens zwei Monate im Entsendestaat gearbeitet haben muss, oder nach einer mindestens zwölfmonatigen Unterbrechung der Entsendung möglich. Ergänzend weist Nummer 8 des Schlussprotokolls darauf hin, dass eine Entsendung nicht vorliegt, wenn die Tätigkeit des entsandten Arbeitnehmers nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht oder der entsandte Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Entsendung seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hat.

Die Entsenderegelungen gelten nicht für Selbstständige.

Nach Artikel 8 bleiben für Beschäftigte bei Auslandsvertretungen die Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957, 959) und vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585, 1587) unberührt. Findet keines dieser Übereinkommen Anwendung, gelten für einen Beschäftigten bei diplomatischen Missionen oder konsularischen Vertretungen, der als Staatsangehöriger eines der Vertragsstaaten im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt wird, grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats. Er kann allerdings innerhalb bestimmter Fristen auch für das Recht des anderen Vertragsstaats optieren.

Artikel 9 enthält die in allen bilateralen Abkommen über Soziale Sicherheit übliche Regelung, dass die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bevollmächtigten Stellen auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und Arbeitgebers beziehungsweise auf Antrag des Selbstständigen Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren können. Dabei sind die Art und die Umstände der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen.

Teil III (Artikel 10 bis 12) enthält die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 10 bestimmt, dass in der deutschen und albanischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten für die Erfüllung des Leistungsanspruchs zusammengerechnet werden, insbesondere für die Mindestversicherungszeiten. Für die Erfüllung von Leis-

tungsansprüchen berücksichtigen die Vertragsstaaten nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Nach Nummer 4 Buchstabe a des Schlussprotokolls berücksichtigen die deutschen Rentenversicherungsträger zusätzlich Versicherungszeiten, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraums oder in der Schweiz zurückgelegt wurden. Ferner berücksichtigen beide Vertragsstaaten Versicherungszeiten, die in einem Drittstaat zurückgelegt wurden, mit dem beide Vertragsstaaten ein gleichartiges Sozialversicherungsabkommen geschlossen haben.

Artikel 11 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 12 für die Anwendung der albanischen Rechtsvorschriften.

Teil IV (Artikel 13 bis 22) enthält verschiedene Bestimmungen, die das Zusammenwirken der Stellen regeln, die in beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betraut sind.

Nach Artikel 17 sind die Anträge auf Leistungen gleichgestellt, sodass die vom Abkommen erfassten Personen mit ihrem Antrag gleichzeitig entsprechende Leistungen im jeweils anderen Vertragsstaat beantragen können. Die Antragsgleichstellung gilt jedoch nur, wenn der Antrag erkennen lässt, dass Versicherungszeiten des anderen Vertragsstaats zurückgelegt worden sind.

Artikel 19 Absatz 2 benennt die Verbindungsstellen der beiden Vertragsstaaten.

Teil V (Artikel 23 bis 26) enthält die Übergangs- und Schlussbestimmungen.

